

Gott anbeten sowie den Glauben an Gott und die Liebe Gottes hervorheben, sehen ihr Ziel in der Erfüllung des Willens Gottes. Da sie uns als Geschöpfe und Kinder eines Gottes betrachten, lehren sie, daß wir einander lieben und helfen sollen“ (Logik der Liebe, 76). Das Ziel sei ähnlich wie im Buddhismus, die philosophisch-theologischen Begründungen aber blieben unterschiedlich, und das solle wegen der unterschiedlichen Disposition der Menschen auch so bleiben.

Das Hauptproblem der heutigen Menschheit sieht der Dalai Lama im Materialismus und Konsumismus, der nichts anderes sei als das ungezügelt Ausleben der Begierde, die der Buddhismus als verfehlte Grundhaltung diagnostiziert und durch geistige Praxis überwinden will. Materieller Fortschritt sei gut – und der Dalai Lama überrascht eher durch optimistischen Glauben an die Verbesserungsfähigkeit der modernen Industriegesellschaft durch religiöse Werte als durch Kulturpessimismus!

Der materielle Fortschritt müsse dem Menschen dienen, und dies sei möglich durch die dialogische gemeinsame Anstrengung aller Religionen, damit die Praxis in ihrer doppelten Dimension umfassend zum Tragen kommen könne: als gegenseitige Hilfe bei der Vervollkommnung und Intensivierung des Bewußtseinstrainings und in der Anwendung uneigennütziger heilender Hinwendung (*karuna*, Liebe) im sozial-politischen Bereich.

Die *interreligiöse Kooperation* könne damit, so betont der Dalai Lama, einen entscheidenden Beitrag zum Überleben der Menschheit leisten. Einen Beitrag des Buddhismus sieht der Dalai Lama vor allem in der Ausgewogenheit und Ganzheitlichkeit, in der Verbindung von Verstand und Herz, im

Gleichgewicht von Hören (*sravana*), Denken (*manana*) und Meditation (*dhyana*), das auch im Hinduismus angestrebt, im Mahayana-Buddhismus aber zur bestimmenden Methode schlechthin geworden sei. Er zitiert dafür den tibetischen Meister Drom-tön (*Brom-ston*, 1004–1064): „Beim Hören unterziehe ich mich auch der Anstrengung des Denkens und der Meditation. Beim Denken suche ich auch danach, mehr zu hören und meditiere. Und in der Meditation gebe ich weder das Hören noch das Denken auf.“

Einheit von Kosmos und Mensch, von physischen und geistigen Energien, von Lichtvollem und Dunklem im Leben, von Religion und Politik, von unverwechselbarer Persönlichkeit und spirituell leuchtender Allgemeinheit. Dabei gibt der Dalai Lama oft entwaffnend einfache und gerade dadurch überzeugende Antworten auf komplizierte Fragen: „Meine Übung ist der Weg der Liebe, des Mitgefühls, der Freude und der Unparteilichkeit“ (Der Friede beginnt in dir, München 1994, 146).

Das ist es, was die Faszination auszeichnet, die der Dalai Lama ausstrahlt in der Flut von Filmen, die über sein Leben und das Geschick des tibetischen Volkes gedreht worden sind: Kundun, Little Buddha, Tibet – Widerstand des Geistes. Die Botschaft lautet: heitere Lebendigkeit, bescheidenes Leben, geistige Tiefe und Verantwortung angesichts des nationalen Leides verbinden sich in dem Dalai Lama zu einem vorbildhaft authentischen Menschsein, das jenseits aller Unterscheidungen in Religionen und Philosophien unmittelbar überzeugt. Die Faszination des Buddhismus im Westen gründet in der Sehnsucht nach einer gelebten Spiritualität, die erlernbar ist, die Körper und Geist miteinander verbindet und gemeinschaftsstiftend wirkt.

Michael von Brück

Vor dem Generationswechsel

Ungarns Weg aus dem religiösen Winter

Laut neueren Untersuchungen rechnet eine Mehrheit der ungarischen Bevölkerung mit einem religiösen Aufschwung im Land. Den Kirchen ist zehn Jahre nach der Wende einiges an Wiederaufbauarbeit gelungen, nicht zuletzt durch ihre Präsenz im Bildungs- und Sozialbereich. Der Generationswechsel steht aber erst am Anfang.

Die jüngsten religionssoziologischen Zahlen aus Ungarn klingen für westeuropäische Ohren erstaunlich: Eine deutliche Mehrheit der dortigen Bevölkerung rechnet mit einem religiösen Aufschwung. Nahezu zwei Drittel der Ungarn sind der Meinung, daß in ihrem Land heute mehr Menschen religiös sind als von zehn und vor 20 Jahren. Mehr als die Hälfte

erwartet, daß in zehn Jahren mehr Ungarn als heute religiös sein werden. Lediglich ein Fünftel meint, daß die Zahl religiöser Menschen abgenommen hat und weiter abnehmen wird.

Die positive Stimmung wird durch Fakten bestätigt. Die Zahl jener, die sich selbst als religiös deklarieren, stieg von

46 Prozent 1978 auf 69 Prozent 1997. Im selben Zeitraum halbierte sich die Zahl der erklärten Nicht-Religiösen bzw. Unentschiedenen von 43 auf 22 Prozent. Die Zahlen sind nachzulesen in einem Band, der zur Frankfurter Buchmesse – sie hat heuer Ungarn als Schwerpunktland – erscheinen wird: *Miklós Tomka*, Religion und Kirchen in Ungarn nach dem Ende des Kommunismus. Ein Untersuchung im Rahmen der internationalen vergleichenden Forschung „Aufbruch/New Departures“ des Pastoralen Forums Wien; Budapest–Wien 1999.

Vom Aufwärtstrend profitieren auch die christlichen Kirchen Ungarns. Zwischen 1978 und 1998 stieg die Zahl der Kirchgänger von acht auf 14 Prozent. Der Anteil der Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen, erhöhte sich von elf auf mehr als 30 Prozent.

Die innerkirchlichen Spannungen haben nachgelassen

Die Kirchen scheinen es damit in den vergangenen Jahren geschafft zu haben, den zeitweiligen Abwärtstrend, den sie nach der Wende von 1989 hinnehmen mußten, umzukehren. Noch 1995 hatten Religionssoziologen festgestellt, daß das wachsende religiöse Interesse kaum den traditionellen Kirchen, sondern vorwiegend den religiösen Bewegungen und Sekten zugute kommt. *Johannes Paul II.* hatte angesichts solcher Schwierigkeiten die Katholiken Ungarns bei seinem letzten Besuch 1996 vor Pessimismus und Resignation gewarnt.

Die Freude über die ersten kirchlichen Frühlingsboten ist allerdings verhalten. Noch längst sind nicht alle Spuren der kommunistischen Verfolgung aus den Köpfen und Herzen des Klerus und des Kirchenvolkes verschwunden, der Wiederaufbau der kirchlichen Organisationsstrukturen ist voll im Gang, aber bei weitem nicht abgeschlossen. Im Detail ringen die Kirchen mit einer Reihe von Problemen.

Die *katholische Kirche* – zu ihr bekennen sich 6,6 der 10,2 Millionen Ungarn – verfiel nach dem Fall der KP-Diktatur und nach kurzer anfänglicher Euphorie über die errungene Freiheit in starken inneren Konflikten über ihren künftigen Kurs. Teile des Episkopats und der Klerus setzten auf eine Restauration vorkommunistischer Verhältnisse. Die starke Feudaltradition der ungarischen Kirche hatte in Fragmenten auch die Zeit der Verfolgung überlebt. Die Hoffnung ihrer Anhänger auf eine Gesellschaft, die wieder ganz nach dem Takt der Kirche tanzt, zerschellte jedoch bald.

Auf der anderen Seite formierten sich jene Kräfte, die für eine umfassende Reform der konservativ und traditionalistisch dominierten Kirche im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils eintraten. Ihr bischöflicher Wortführer war der Erzbischof der traditionsreichen Benediktinerabtei Pannonhalma in Westungarn, Bischof *Asztrik Várszegi*. Dazu kamen basiskirchliche Erneuerungsbewegungen, die vor allem an die spi-

rituellen Erfahrungen kleiner Gemeinschaften in der Zeit der Verfolgung anknüpfen wollten. Sie sahen im Wiederaufbau von großer Organisation und Bürokratie in der Kirche einen Weg weg vom Evangelium.

In jüngster Zeit haben die Spannungen zwischen diesen Gruppen nachgelassen. Die unterschiedlichen Konzepte vom Zukunftskurs der Kirche sind selbstverständlich nicht verschwunden. Ihre Verfechter haben aber inzwischen mehr oder weniger freiwillig akzeptiert, daß ihr Weg nicht der alleinseligmachende sein muß. „Ungarns Kirche hat mit dem Pluralismus in den eigenen Reihen leben gelernt“, stellt der Budapester Religionssoziologe Tomka, Autor der „Aufbruch“-Studie, dazu fest. Zuvor seien manche schnell damit zur Hand gewesen, dem Anhänger einer anderen kirchenpolitischen Richtung die Katholizität abzusprechen: „Heute wird Katholizität viel weiter gefaßt“.

Eine Symbolfigur des innerkirchlichen Konflikts war der Piaristenpater *György Bulányi*, Gründer der Basisbewegung „Bokor“. Der Streit zwischen ihm und den Bischöfen hatte sich Ende der siebziger Jahre entzündet. Auf Geheiß des kommunistischen Regimes verteidigten die damaligen Bischöfe die Wehrpflicht, während Bulányi am Recht auf Wehrdienstverweigerung festhielt. Die Bischöfe untersagten ihm daraufhin 1982 die öffentliche Ausübung des Priesteramtes. Schließlich beschuldigten sie Bulányi des Abfalls von der Glaubenslehre wegen mancher seiner Äußerungen über Bischofsamt, Priestertum und Gehorsam. Die Causa landete vor der Glaubenskongregation, diese wollte aber keine Verurteilung aussprechen.

Auch nach der Wende war die Mehrheit des ungarischen Episkopats nicht bereit, dem Piaristenpater die versöhnende Hand zu reichen. 1997 stellte die Glaubenskongregation schließlich das Verfahren ein und hielt die Bischöfe an, Bulányis Rehabilitierung zu veröffentlichen und die Sanktion gegen ihn zurückzunehmen. Als Bulányi im Oktober 1997 seinen ersten öffentlichen Gottesdienst nach mehr als 15 Jahren feierte, schickte allein Erzbischof Várszegi ein schriftliches Grußwort. Er sprach von einem Hoffnungszeichen für eine Aussöhnung in der ungarischen Kirche.

Bulányi tritt zwar auch heute immer wieder in ungarischen Medien auf und beklagt, daß die Amtskirche den Kontakt mit ihm meide und seine Bewegung an den Rand dränge. Zugleich bleibt er bei seiner Kritik, daß die ungarische Kirche zu sehr auf Organisation, Repräsentation und Macht bedacht sei und zu wenig auf Spiritualität und Armut. Der Konflikt zwischen ihm und der Hierarchie scheint jedoch an Schärfe und Aufmerksamkeit verloren zu haben.

Ein weiterer Grund für das Abflauen des internen Streits: Die Kräfte der Bischöfe, Ordensleute, Priester und engagierten Laien sind vorwiegend von der praktischen Arbeit am Wiederaufbau gebunden. Alltagssorgen, organisatorische Kleinarbeit und Konzentration auf den eigenen Aufgabenbereich

lassen Grundsatzdebatten über die großen Linien einer Kirchenreform in den Hintergrund treten.

Abgeflaut ist mit der Debatte über die Zukunft auch jene über die Vergangenheit. Die meisten Bischöfe haben sich bisher geweigert, ein Schuldbekenntnis über Fehlverhalten von Amtsträgern und Gläubigen während der kommunistischen Verfolgung zu verfassen. Auch der oftmalige Appell des Papstes an die gesamte Kirche, zum bevorstehenden christlichen Millennium Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, hat Ungarns Bischöfe nicht zum Umdenken bewegen können. Wie auch in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks scheint zu wenig Zeit vergangen zu sein, um offen über Fehler und Verletzungen sprechen zu können.

Neue Abmachungen und ein Religionsgesetz aus dem Jahr 1990

Deutlich entspannt hat sich das Verhältnis zwischen den Kirchen und der Regierung. Seit Juli vorigen Jahres lenkt eine rechtsliberale Koalition aus Bund der Jungen Demokraten – Bürgerliche Partei (FIDESZ-MPP), Kleinbauern-Partei (FKgP) und Demokratischem Forum (MDF) die Geschicke des Landes. Ministerpräsident *Viktor Orbán* hatte bald nach seinem Amtsantritt mit den Repräsentanten der christlichen Kirchen und des Judentums vereinbart, die Zusammenarbeit verstärken zu wollen. Sie solle vor allem in den Bereichen Soziales, Erziehung, Kampf gegen Korruption und Hebung der öffentlichen Moral erfolgen, ließen damals beide Seiten verlauten.

Die Jungdemokraten unter dem damals 35jährigen Orbán hatten die Parlamentswahlen im Mai 1998 deutlich gewonnen. Sie errangen 148 der 386 Sitze und verwiesen die bis dahin regierenden Sozialisten (MSZP) auf Platz zwei (134 Sitze). Wichtiger als die Abwahl der Sozialisten war aus Sicht der Kirche der Absturz des liberalen Bundes Freier Demokraten (SZDSZ) von 70 auf 24 Mandate; denn in der vorangegangenen Legislaturperiode waren nicht die aus der kommunistischen Partei hervorgegangenen Sozialisten unter *Gyula Horn* die wahren Gegner der Kirchen, sondern die mit ihnen koalierenden Liberalen. Sie versuchten beispielsweise, die finanzielle Unterstützung von konfessionellen Schulen durch den Staat zu kürzen und den Religionsunterricht aus dem Fächerkanon zu drängen.

Gegen den scharfen Widerstand der Liberalen brachte der damalige Premierminister Horn im Juni 1997 ein Abkommen mit dem Heiligen Stuhl durch. Der Vertrag sichert der katholischen Kirche drei wesentliche Finanzquellen zu: Privatpersonen können ein Prozent ihrer Einkommenssteuer der Kirche widmen, wobei der Staat bis 2001 eine Mindestsumme von 1,7 Milliarden Forint (heute rund 15 Millionen Mark) garantiert. Der Staat gibt zweitens der Kirche bis zum Jahr 2001 beschlagnahmte, ehemals kirchliche Gebäude im Wert von rund 550 Millionen Mark sukzessive zurück; für

jene Gebäude, die nicht mehr rückerstattet werden können, legt der Staat als Entschädigung einen Fonds von rund 400 Millionen Mark an, dessen Ertrag jährlich an die katholische Kirche ausgeschüttet wird.

Zum dritten wird kirchlichen Schulen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen zugesichert, daß sie vom Staat in gleicher Weise finanziell unterstützt werden wie gleichgeartete staatliche oder kommunale Einrichtungen. Ein im Dezember 1997 verabschiedetes Gesetz setzte diese Vereinbarungen nicht nur für die katholische Kirche, sondern adäquat auch für die anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften um.

Ein weiteres Gesetz von Februar 1998 schuf die Möglichkeit für Privatpersonen, „gemeinnützigen Organisationen“ ebenfalls ein Prozent der Einkommenssteuer zu widmen. Als gemeinnützig werden nach dem Gesetz humanitäre, soziale, karitative und kulturelle Tätigkeiten eingestuft, nicht aber religiöse. So kann das Geld auch einer Pfarre oder einer Ordensgemeinschaft überschrieben werden; es darf dann aber beispielsweise nicht für die Gestaltung von Gottesdiensten ausgegeben werden, sondern nur für die vom Gesetz genannten Zwecke.

Die Religionsgemeinschaften sind in den Grundzügen mit diesen Gesetzen einverstanden, da sie ihnen eine einigermaßen solide Finanzbasis bringen; in einigen Details drängen sie aber auf Verbesserungen. Sie finden dafür in der neuen Regierung ein offenes Ohr. Mit dem Vatikan sind die Nachbesserungen im wesentlichen bereits ausgehandelt. Eine wichtige Neuerung ist, daß die Unterstützung für konfessionelle Schulen künftig zur Gänze dem Staatsbudget kommen wird – und nicht wie bisher zur Hälfte aus den Budgets der lokalen Verwaltungen. Letztere hatten in vielen Fällen keine Finanzhilfe geleistet.

Viel schwieriger gestaltet sich die Reform des *Religionsgesetzes* aus dem Frühjahr 1990. Es wurde noch vom kommunistischen Parlament verabschiedet. Um sich als Religionsgemeinschaft registrieren zu lassen, genügen laut Gesetz die Unterschriften von hundert Personen. Die Behörden haben dabei nicht das Recht, die Authentizität der Unterschriften zu prüfen. Sie dürfen auch nicht nach der Lehre der Glaubensgemeinschaft oder nach deren geplanten Tätigkeiten fragen.

Das Gesetz öffnet nach Ansicht der traditionellen Kirchen Sekten und obskuren Vereinigungen Tür und Tor. Bisher haben sich fast einhundert Gemeinschaften registrieren lassen, unter ihnen auch ein Hexenverband und eine als nazistisch eingeschätzte Gruppe, die ihre politischen Ziele hinter einer religiösen Maske versteckt.

Wer die wenigen Bedingungen für eine Registrierung erfüllt, erhält eine Reihe von Rechten: Jede „Kirche“ ist befugt, Schulen, Kultur-, Sozial und Gesundheitseinrichtungen zu betreiben. Sie alle dürfen Spenden sammeln, und unter bestimmten Auflagen erhalten sie Steuer- und Zollbegünstigungen.

Neuerscheinungen

Auch staatliche Finanzhilfen stehen ihnen zu. Weiter ist ihnen erlaubt, Militär-, Gefängnis- und Krankenhauseelsorge zu betreiben; ihnen muß daher freier Einlaß in diese Einrichtungen gewährt werden.

Die größeren Kirchen drängen schon seit längerem auf eine Reform dieses Gesetzes und fordern, die Kriterien für eine Kirchengründung enger zu fassen und gegebenenfalls mehrere Kategorien religiöser Gemeinschaften zu unterscheiden – mit entsprechender Abstufung der Rechte und Begünstigungen. Die traditionellen Kleinkirchen wehrten sich zunächst gegen eine solche Reform; inzwischen wird auch ihnen zunehmend klar, daß ihr eigenes Ansehen darunter leidet, wenn sie mit höchst fragwürdigen Gruppierungen in einen „Kirchentopf“ geworfen werden.

Von politischer Seite widersetzen sich bisher die Sozialisten, vor allem aber die liberale SZDSZ gegen eine Beschneidung des Kirchenwildwuchses. Hauptziel der Liberalen ist, den Einfluß der Großkirchen zurückzudrängen. Wie sich nach und nach herausstellte, ist eine der registrierten Religionsgemeinschaften, „Gemeinschaft des Glaubens“ genannt, mehr oder weniger deckungsgleich mit der Führungsriege der SZDSZ. Da eine Änderung des Religionsgesetzes eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erfordert, kann sie derzeit nur mit Zustimmung der Sozialisten erfolgen. Ob die Partei in nächster Zukunft dafür gewonnen werden kann, muß sich erst zeigen.

Die tonangebenden Schichten sind skeptisch gegenüber Religion und Kirche

Gerade am Schnittpunkt von Kirchen und Politik bzw. Kirchen und Medien in Ungarn treten jene Hürden zutage, die einem weiteren Aufschwung der Kirchen noch Jahre im Weg stehen können. Die religionssoziologischen Untersuchungen haben gezeigt, daß jene 30 Prozent der Ungarn, die sich als nicht religiös deklarieren, vor allem aus der akademisch gebildeten Schicht kommen. Eine Großteil der tonangebenden Personen in Politik, Medien, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft ist skeptisch gegen Religion und Kirche, während sich in den mittleren und weniger gebildeten Schichten die Mehrheit für eine stärkere Rolle der Kirchen in der Gesellschaft ausspricht.

„Die zahlenmäßige Schwäche einer christlichen Akademikerschicht und die unterdurchschnittliche Verwurzelung der Religion in Kultur und Bildung dürfte zu den wichtigsten Folgeschäden des Kommunismus gehören“, so Tomka in seiner Studie. Die fast lineare Abnahme der Religiosität und der Sympathie für die Kirche mit dem Anstieg des Bildungsgrades unterscheidet sich von der Lage in Westeuropa, wo Religionslosigkeit und -kritik eher in den mittleren Bildungsschichten lokalisiert werden könnten.

Während der kommunistischen Herrschaft durften Christen

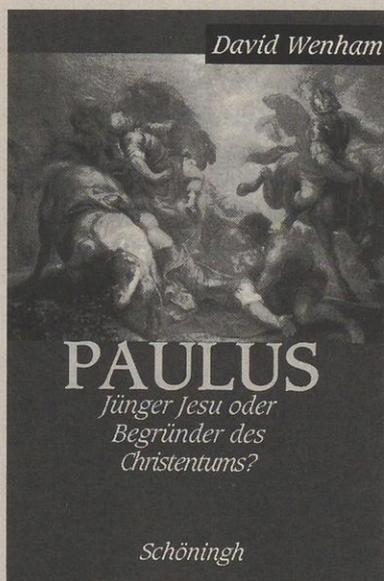
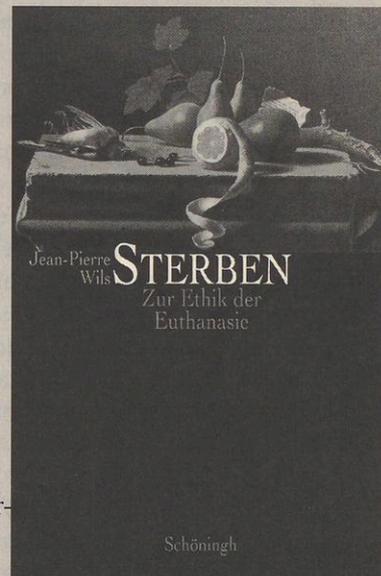
Jean-Pierre Wils

Sterben

Zur Ethik der Euthanasie

1999. 246 Seiten, kart.,
DM 68,-/öS 496,-/sFr 62,80
ISBN 3-506-79749-2

Wie kaum ein anderes Thema ist Euthanasie heute Gegenstand einer scharfen Kontroverse. Gerade vor diesem Hintergrund ist eine ethische Besinnung über die Gestaltung des Sterbens unabdingbar, denn medizinische wie auch juristische Bestimmungen werden sich letztlich an ethischen Reflexionen orientieren müssen.



David Wenham

David Wenham

Paulus

Jünger Jesu oder Begründer des Christentums?

1999. 426 Seiten,
Festeinband,
DM 88,-/öS 642,-/sFr 81,-
ISBN 3-506-79725-5

»Ein substantielles und wichtiges Buch!«

Theological Book Review

»Ein exzellentes Resümee und ein sorgfältiger Führer für zukünftige Studien auf diesen Gebiet...«

Catholic Biblical Quarterly

Schöningh

Postfach 2540 · D-33055 Paderborn

weniger studieren und weniger in höhere Positionen vorrücken. „Sie besitzen eine niedrigere Bildung, weniger Leitungserfahrung und weniger die entsprechenden menschlichen Beziehungen als Nichtchristen. Sie sind ärmer, mit technischen Gütern weniger versorgt, weniger mobil, benötigen weniger moderne Technologien – angefangen von Fernsehen und Video bis hin zum Computer und dem Internet“, hält die „Aufbrüche“-Studie fest. Die ohnehin dünne christliche Akademikerschicht besteht vor allem aus naturwissenschaftlich gebildeten Menschen, die sich „mehr in ihren Spezialfächern als in der Gesellschaft und in einer weiter gefaßten Kultur zurechtfinden“ und engagieren. „Der Traum vom aktiven und selbstbewußten ‚erwachsenen Christen‘ ist unter solchen Umständen noch schwieriger als sonst zu verwirklichen“, so die Studie.

Die Religions- bzw. Kirchenferne der Akademiker und Führungsschichten schlägt sich überproportional in den Kirchenfinanzen nieder. Die drei Millionen Rentner, aus deren Reihen viele Christen kommen, zahlen keine Einkommenssteuer und können daher nichts widmen. Von den Erwerbstätigen sind jene, die unter die Mindestgrenze für Einkommenssteuer fallen, überproportional bei den Kirchensympathisanten zu finden, während sie bei den Kirchenfernen deutlich weniger zu finden sind. Diese Disproportionen können sich frühestens in 25 Jahren ändern, wenn eine neue Generation herangewachsen ist, prognostiziert Tomka.

Es ist nicht immer ideologische Gegnerschaft zu Religion und Kirche, die die heutigen Akademiker prägt, sondern es sind oft Unwissenheit, Mißverständnisse, Fehleinschätzungen. Besonders deutlich wird dies an Politikern und Medienleuten, wenn sie sich zu kirchlichen Vorgängen und Themen äußern und – vom Staatspräsidenten abwärts – sich sachliche Fehltritte leisten.

Die schwerwiegendste Fehleinschätzung, vor allem bei Journalisten, ist, daß Religion als bloße Privatsache angesehen (und vielleicht sogar geschätzt), ihr Gemeinschaftscharakter aber nicht wahrgenommen wird. Es werde nicht zur Kenntnis genommen, daß Religionsgemeinschaften ab einer gewissen Größe auch eine ausdifferenzierte Organisation und Bürokratie brauchen. Den Großkirchen, allen voran der katholischen, werde daher gerne vorgeworfen, sie engten die Freiheit und die Mitbestimmungsmöglichkeiten des einzelnen ein und bevormundeten ihn. Und nicht nur das: Sie wollten durch ihre Macht der gesamten Gesellschaft ihre Werte aufzwingen, etwa in Fragen von Ehe und Familie. Kleine Freikirchen und religiöse Bewegungen werden dem gerne als positive Gegenbeispiele gegenübergestellt.

Was die katholische Kirche betrifft, so trägt sie in manchem auch selbst die Schuld daran, daß sie in den Medien schlecht wegkommt. Allen voran die Bischofskonferenz pflegt auch zehn Jahre nach dem Abtritt der kommunistischen Verfolger eine *restriktive Informationspolitik*, die selbst manches Un-

wichtige wie ein Staatsgeheimnis hütet. Wohlwollende Reform-Ratschläge von Fachleuten und engsten Mitarbeitern, schon dutzendfach vorgetragen, haben bei den meisten Bischöfen bisher nichts gefruchtet. Von den Vollversammlungen der Bischofskonferenz wird der Öffentlichkeit lediglich im nachhinein knapp mitgeteilt, über welche Themen verhandelt wurde; selten stellen sich die Bischöfe den kritischen Fragen der Journalisten.

Die Scheu vor der Öffentlichkeit ist zweifellos eine Folge der Erfahrungen aus totalitärer Zeit. „Die, die heute in der ungarischen Kirche Verantwortung tragen, haben jahrzehntelang gelernt, wie man etwas verheimlicht, nicht, wie man etwas kommuniziert und wie man Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit handhabt“, so ein hoher Kirchenmitarbeiter. Selbst wenn ein Bischof spürt, daß ein anderer medialer Stil notwendig wäre, schaffe er es kaum, über diese langen Schatten zu springen.

Dazu komme, daß manche Journalisten schon in kommunistischer Zeit aktiv waren und den Bischöfen bereits aus dieser Zeit bekannt sind. Kritik aus diesen Kreisen – und sei sie auch wohlwollend – würden manche Bischöfe als verletzend empfinden, „eine Überempfindlichkeit, die auch zu verstehen ist“, so der Kirchenmitarbeiter.

Starkes kirchliches Engagement im Sozial- und Bildungsbereich

Die – ohnehin wenigen – *kircheneigenen Medien* kämpfen vor allem mit Geldnot und in der Folge auch mit Personalmangel. In dieses Vakuum versuchen konservative kirchliche Kreise aus dem Ausland vorzustoßen, unterstützt von einigen finanzkräftigen Aristokraten. Sie wollen eine ungarische Dependence des umstrittenen polnischen Privatsenders „Radio Marija“ errichten, und sie tun es gegen den ausdrücklichen Willen des ungarischen Episkopats. Noch hat der Sender keine Lizenz erhalten. Die Bischöfe bemühen sich nun, ein eigenes kirchliches Radio auf die Schiene zu bringen. Bisher liegen aber keine klaren inhaltlichen, wirtschaftlichen und technischen Konzepte dafür vor. Dem Vernehmen nach soll als Pilotprojekt an einem Diözesansitz ein Stadtradio aufgebaut werden.

Deutlich mehr Erfolge als in den Medien verbuchen die ungarischen Kirchen in ihrem Engagement im *Sozial- und Bildungsbereich*. Auch aus diesen Bereichen hatten die Kommunisten die Kirchen völlig zurückgedrängt. In den zehn Jahren seit der Wende ist es den Kirchen gelungen, einiges wieder aufzubauen und echte Alternativen zu staatlichen Einrichtungen zu schaffen. Noch mehr: Eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich heute, daß die Kirchen in diesen Bereichen noch stärker präsent werden.

Im vergangenen Schuljahr waren fünf Prozent aller Schulen konfessionell geführt, rund 250 unter ihnen von katholischen

Trägern. Dieser Anteil wird in absehbarer Zeit bei acht bis neun Prozent liegen, wenn jene Schulen, die jetzt mit einigen Klassen begonnen haben, alle aufeinanderfolgenden Klassen haben werden. Doch selbst damit dürfte derzeitigen Umfragen zufolge höchstens die Hälfte der Nachfrage nach konfessionellen Schulen befriedigt sein.

Die Sozialfürsorge am Ort wird bereits jetzt zu einem beachtlichen Teil von den Kirchengemeinden getragen. Der Einsatz konfessioneller Hilfswerke wie Caritas und Diakonie in Katastrophenfällen – etwa bei den Überschwemmungen in Ostungarn und Transkarpatien im vergangenen Herbst und Frühjahr – ist inzwischen ebenfalls unverzichtbar geworden. In Umfragen sprechen sich die Ungarn mehrheitlich dafür aus, daß die Kirchen in der Versorgung von Alten, Armen, Flüchtlingen eine noch größere Rolle spielen sollen. Rund ein Drittel ist dafür, daß sich die Kirche an der Betreuung von Alkohol- und Drogenabhängigen noch mehr beteiligt, ebenso in der Familien- und Konfliktberatung und in der Krankenpflege.

So positiv diese Wünsche für die Kirchen sein mögen, sie können ihnen derzeit kaum nachkommen. Sie sind mit dem Wiederaufbau ihrer Einrichtungen zum einen an die Grenzen ihrer finanziellen Ressourcen gegangen, zum anderen finden sie kaum mehr Lehrer, Ärzte und Sozialfürsorger, die nicht nur fachlich, sondern auch weltanschaulich entsprechend ausgebildet sind. *László Lukács*, der Pressesprecher der Ungarischen Bischofskonferenz, erwartet, daß sich die schnelle Expansion der katholischen Kirche im Bildungs- und Sozialbereich deutlich verlangsamt. In den kommenden Jahren gehe es vorwiegend darum, die Qualität der bestehenden Angebote zu steigern.

In den christlichen Kirchen sind auch nicht alle davon überzeugt, daß das kirchliche Engagement in der Gesellschaft vor allem über eigene, konfessionell geführte Institutionen erfolgen soll. Diese Kreise wollen mehr auf die Präsenz von Christen in staatlichen Einrichtungen setzen. Dem steht entgegen, daß viele staatliche Institutionen häufig laizistisch, gelegentlich auch religionsfeindlich gesinnt sind. Der Klerus und die Bischöfe neigen wenig zu diesem Konzept, weil sie selbst durch Jahrzehnte eine Existenz am Rande der Gesellschaft führen mußten und daher auch jetzt auf „Gegenstrukturen“ setzen.

So kam es, daß die katholischen Bischöfe die Wiedereingliederung der *Theologischen Fakultäten* in die staatlichen Universitäten ablehnten, wie sie ihnen vom Staat angeboten worden war. Vom Vatikan wurden sie in dieser Linie gestärkt. Selbst die Idee der Errichtung eines religionswissenschaftlichen Instituts an der staatlichen Budapester Universität wurde wegen ausdrücklicher Proteste der Bischofskonferenz aufgegeben. Stein des Anstoßes war, daß dieses Institut nicht unter kirchlicher Aufsicht gestanden wäre.

Sehr eindeutig fällt das Meinungsbild aus, wenn die Ungarn

zur direkten Einflußnahme der Kirche auf die Politik befragt werden. Mehr als 80 Prozent lehnen eine Wahlempfehlung von religiösen Führern ab. Auch sollten nach Ansicht von drei Viertel der Ungarn die Kirchenführer Regierungsentscheidungen nicht beeinflussen.

Die Schere zwischen Lehramt und Gläubigen öffnet sich

Während sich Katholiken, Lutheraner und Orthodoxe in den vergangenen Jahren aus der Parteipolitik und politischen Grabenkämpfen weitgehend herausgehalten haben, steht die reformierte Kirche derzeit vor einer politischen Zerreißprobe. Ein Flügel agiert in enger Verbindung mit der rechtsaußen stehenden „Partei der ungarischen Wahrheit und des ungarischen Lebens“. Diese Partei fordert unter anderem die Abtrennung der nordserbischen Provinz Vojvodina, wo 300 000 Ungarn als Minderheit leben; auch fällt sie immer wieder durch antisemitische Äußerung unangenehm auf. Einer ihrer Wortführer ist der reformierte Bischof von Budapest, *Lorant Hegedüs*. Der andere Flügel der Reformierten ist gemäßigt und europäisch offen; zu ihm gehört auch Ministerpräsident Orbán.

Abseits der Parteipolitik erwartet eine Mehrheit der Ungarn allerdings Äußerungen der Kirchen zu gesellschaftlichen und zu moralischen Fragen. *László Lukács* hegt allerdings Zweifel, daß die Bereitschaft der Bevölkerung, kirchlichen Wert- und Moralvorgaben zu folgen, in allen Bereichen groß ist – etwa, wenn es um Fragen der Ehe- und Sexualmoral und des Lebensschutzes geht.

Wie weit die Katholiken und die übrigen Bürger bereit sind, der katholischen Ehe- und Familienmoral zu folgen, wird sich ablesen lassen, wenn die Bischöfe im Dezember einen Familienhirtenbrief veröffentlichen. Daß er ähnliche Aufmerksamkeit und Anerkennung finden wird wie der Sozialhirtenbrief von 1996, darf bezweifelt werden. Damals hatten die Bischöfe eine umfassende und schonungslose Bilanz der sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung seit der Wende vorgelegt, die erste dieser Art überhaupt in Ungarn. Sie war beispielgebend und hat wesentlich dazu beigetragen, daß die soziale Kompetenz der Kirche heute bei vielen unumstritten ist. Doch nicht nur in Moralfragen, auch in Glaubensfragen und Glaubensvorstellungen öffnet sich die Schere zwischen dem Lehramt und den Gläubigen, wie sich aus den religionssoziologischen Studien ablesen läßt. Von den fast 70 Prozent, die sich als religiös einstufen, betrachten sich lediglich 14 Prozent als „religiös nach der Lehre der Kirche“. Der überwiegende Rest bezeichnet sich als „religiös nach eigener Art“. Es ist eine andere Glaubensgeneration, die heute heranwächst; der Generationswechsel in den Kirchen und traditionellen Religionsgemeinschaften Ungarns hat erst begonnen, und noch kann niemand sagen, wohin genau er führen wird. *Josef Pumberger*